



Felix Heidenreich

Wie verändert der Klimawandel die Demokratie?

Drei mögliche Antworten und vier Thesen

Festrede zum 140. Geburtstag von Theodor Heuss.
Brackenheim, 31. Januar 2024

Wie verändert der Klimawandel die Demokratie?

Drei mögliche Antworten und vier Thesen

**Festrede zum 140. Geburtstag von Theodor Heuss.
Brackenheim, 31. Januar 2024**

1. Der Elefant im Raum

Der Klimawandel – oder die Klimakatastrophe, wie man vielleicht präziser formulieren müsste – ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Diese bittere Wahrheit ist nicht unbekannt, scheint aber kollektiv verdrängt. Einerseits wissen es alle, wir kennen die Modelle des *Intergovernmental Panel on Climate Change* oder die Auflistung der bereits jetzt im Raum der EU zu verzeichnenden Klimaschäden.¹ Schlaglichtartig rückt das Thema kurz in den Fokus der kollektiven Aufmerksamkeit, wenn Extremwetter gigantische Schäden anrichten, während das Thema der Zerstörung unserer Biodiversität beinahe unsichtbar bleibt. Vom gestörten Mensch-Natur-Verhältnis haben wir eine eher diffuse Vorstellung. Meist flimmert die Erkenntnis lediglich wie eine Mustertapete im Hintergrund des Alltags, omnipräsent und doch beinahe unsichtbar. Das kurzfristig Drängende verstellt den Blick auf das langfristig Gebotene. Und dafür gibt es Gründe.

Spätestens seit dem Beginn des vollumfänglichen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 dominiert die geopolitische Auseinandersetzung zwischen den westlichen Demokratien und einem Quartett aus Russland, China, Iran und Nordkorea die öffentliche Aufmerksamkeit. Wer heute eine Reflexion über das Verhältnis von Klimawandel und Demokratie ankündigt, könnte daher mit dem Vorwurf konfrontiert werden, hier werde das Thema verfehlt. Der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat diese Dominanz sicherheitspolitischer Themen weiter verstärkt. Immer

weitere Stufen der Eskalation erfolgten seitdem, deuten sich an oder drohen mehr oder weniger latent. Die geopolitischen Konflikte erweisen sich dabei – von der Ukraine über Taiwan bis zum Nahen Osten – als unheilvoll verwoben. Schon der Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan hatte unerwartete Nebenwirkungen; er führte beim russischen Präsidenten Wladimir Putin offenbar zu der Einschätzung, »der Westen« sei moralisch und militärisch am Ende. Aus guten Gründen befürchtet man daher, ein Sieg Russlands über die Ukraine könnte die Regierung in Peking zur militärischen »Lösung« des Taiwankonflikts ermuntern. Die bleibende Unterstützung der Ukraine dient aus dieser Sicht dem umfassenden Ziel einer dringend gebotenen Verteidigung der regelgeleiteten internationalen Ordnung.

In derartig komplexen Konstellationen droht der Effekt der »sozialen Emergenz«: Eine Eigendynamik, deren Ergebnis zwar niemand beabsichtigt, die sich aber aus der Vielzahl miteinander interagierender, sich in ihren Absichten intransparenter und daher sich potenziell missverstehender Akteure scheinbar spontan ergibt.² Die Kausalketten verlaufen in einem solchen Netz nicht mehr linear. Die Folgen von Entscheidungen sind kaum noch zu antizipieren. Der daraus entstehende Eindruck, sich in einer Hochrisiko-Situation zu befinden, in der die Prozesse den Akteuren entgleiten können, ist ein plausibler Grund, warum sicherheitspolitische Themen öffentliche und parlamentarische Debatten dominieren.

Dass die geopolitischen Konflikte derzeit die kollektive Aufmerksamkeit völlig absorbieren, hat aber noch einen zweiten Grund. Vor dem Hintergrund einer eskalierenden Systemkonkurrenz rücken die inneren Krisensymptome etablierter Demokratien nämlich in ein anderes Licht. Sie erscheinen nun nicht mehr nur als Ergebnis interner Prozesse, sondern zugleich als Folge externer Destabilisierungsversuche. In welchem Maße war etwa der politische Aufstieg Donald Trumps bis ins Präsidentenamt der USA von Anfang an russischem Einfluss geschuldet? Wie umfangreich genau sind die Geldsummen, die aus dem Ausland zur Unterstützung rechtspopulistischer Bewegungen in der EU geflossen sind? In welchem Maße sind die vielfach beschriebene Polarisierung in den demokratischen Öffentlichkeiten und die damit einhergehende Verrohung sowie der Groll gegenüber politischen Repräsentanten auf den gezielten Einsatz von Fake-News, sogenannten »Trollen« in den sozialen Medien und Propaganda zurückzuführen? Wie stark haben Akteure, die den »Westen« destabilisieren wollen, schon 2015 zur Zunahme von Fluchtbewegungen nach Europa beigetragen?

Kurzum: Erweist sich womöglich vieles, was als interne Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Demokratiefeinden erscheint, in Wirklichkeit als Kampf gegen externe Feinde, die lediglich ihre »nützlichen Idioten« für sich arbeiten lassen? Diese Fragen sind nur durch geheimdienstliche Mittel, investigativen Journalismus und zeitgeschichtliche Forschung zu beantworten.

.....

Dürfen wir uns überhaupt die Zeit nehmen, grundsätzlich über das Verhältnis von Demokratie und Klimawandel nachzudenken? Haben wir nicht drängendere Probleme?

.....

Fest steht indes: Die geopolitische Konkurrenz – bis hin zum offenen Krieg – und der interne Orientierungsverlust in vielen westlichen Gesellschaften spielen sich gegenseitig in die Hände. In fast allen Ländern des Westens ist nicht nur eine *latente Krisenhaftigkeit* der Demokratie erkennbar, die man für systemimmanent und in diesem Sinne für »normal« halten könnte, sondern auch eine sich zuspitzende, *akute Existenzkrise*. Dies belegen nicht nur empirisch verfahrenende Studien, die wie etwa der *Freedom House Index*,³ sondern auch ein Blick auf einzelne Indikatoren wie politische Gewalt oder das schwindende Vertrauen in demokratische Politik.

Dürfen wir uns in dieser Lage überhaupt die Zeit nehmen, grundsätzlich über das Verhältnis von Demokratie und Klimawandel nachzudenken? Haben wir nicht drängendere Probleme? Oder ist es nicht umgekehrt dringend geboten, schon jetzt über jene Fragen nachzudenken, die aktuell überlagert werden? Es könnte sich als klug erweisen, trotz all der akuten Katastrophenmeldung über den Tag hinauszudenken.

Um in diesem Sinne einen Beitrag zur Selbstverständigung unter Demokratinnen und Demokraten zu leisten, möchte ich die Frage stellen, wie der Klimawandel die Demokratie verändern wird. Ein solcher Debattenanstoß im Rahmen einer Festrede zum Gedenken an Theodor Heuss kann nicht alle Forschungsdiskussionen im Einzelnen nachzeichnen, sondern muss zugespitzte Thesen wagen. Einleitend möchte ich zunächst kurz erläutern, warum die Wiederkehr überwunden geglaubter Probleme die kollektive

Aufmerksamkeit derartig bindet (2.). Ich will dann skizzieren, in welchem Sinne die Herausforderungen von Nachhaltigkeit und Klimawandel als epochal bezeichnet werden können (3.). Auf die titelgebende Frage möchte ich dann drei idealtypische Antworten geben und kurz erläutern, warum mir die dritte am plausibelsten erscheint: Der Klimawandel wird die Demokratie nicht abschaffen, aber sie doch grundlegend verändern (4.). Schließlich werde ich vier konkrete Thesen formulieren, um dieser Transformation der Demokratie genauere Konturen zu verleihen (5.).

2. Die Überlagerung von Herausforderungen

In der Politikwissenschaft hat die Frage nach den Ursachen für die Krise der repräsentativen Demokratie nicht etwa den *einen* Grund zum Vorschein gebracht, sondern eher so etwas wie eine toxische Mixtur aus sich verschärfenden Problemen. Mehrere Prozesse, die sich wie bei einem Syndrom gegenseitig verstärken,⁴ spielen sich gleichzeitig ab. Migration verändert einstmals kulturell stärker homogene Gesellschaften; Digitalisierung und KI revolutionieren die Arbeitswelt und unsere Öffentlichkeit; die Vermögensungleichheit nimmt nicht nur absurde Züge an – wie das Beispiel Elon Musk besonders plastisch zeigt –, sie wird zugleich durch die digitalen Medien immer deutlicher sichtbar. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze hat für diese Situation den Begriff »Polykrise« vorgeschlagen: Mehrere Probleme eskalieren gleichzeitig und verstärken sich wechselseitig.⁵

In dieser Situation entsteht bei vielen Menschen der Eindruck, dass der Staat strukturell überfordert ist. Laut einer Umfrage des Deutschen Beamtenbundes vom Sommer 2023 waren nur noch 27 Prozent der Befragten der Ansicht, der Staat agiere auf der Höhe gegenwärtiger Herausforderungen.⁶ Das ist für Demokratien ein Problem, denn sie sind auf einen Staat angewiesen, der seinen Aufgaben gewachsen ist. Andernfalls würde die Idee von der »Herrschaft des Volkes« schon begrifflich sinnlos erscheinen: Ein »Volk«, das sich selbst beherrschen soll, benötigt dazu ein Instrument, nämlich einen funktionierenden Staat, der die Ausübung von Herrschaft ermöglicht.

Der Eindruck einer strukturellen Überforderung des Staates ist demokratiepolitisch gefährlich. Eine allzu pauschale Rede vom »Staatsversagen« scheint nicht nur unangemessen; sie verführt im schlimmsten Fall auch zu feindlichen Haltungen gegenüber der Demokratie. Auch ist das medial

gezeichnete Bild schon allein durch den *negativity bias* stets verzerrt: Aus kognitionswissenschaftlich nachvollziehbaren Gründen generieren schlechte Nachrichten mehr Klicks als gute.

Und doch muss man die Zunahme von Gewaltkriminalität, die Nachrichten über die Überforderung des Justizwesens, die Krise des Bildungssystems ernst nehmen. Es gilt daher, die Dramatik der Lage offen anzusprechen, ohne Wasser auf die Mühlen jener zu leiten, die aus einer Krisendiagnose eine Lust am Untergang bedienen oder eine diffuse, undifferenzierte und letztlich populistische Kritik an »denen da oben«, dem Staat oder der Demokratie bewirtschaften.

Fatal ist diese Situation, weil die etablierten Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Lösung von drei Problemen beschäftigt sind, die man für historisch überwunden hielt. *Erstens* wirken der russische und chinesische Imperialismus, das Denken in Einflusszonen und Annexionsoptionen, im Zeitalter des Smartphones und der KI – schon allein in ihrer symbolischen Inszenierung – wie ein Gespenst aus dem 19. Jahrhundert. Wladimir Putin wähnt sich offenbar in Tolstois *Krieg und Frieden*, in einer Welt, in der es noch wahre Helden gibt, in der Zaren als »Sammler der russischen Erde« agieren und die Grenzen des Reichs nach Belieben verschieben können, um die »russische Welt«, die *russskij mir*, zu vereinen oder zu vergrößern.⁷ Das Gespenst des 19. Jahrhunderts schlägt uns hier nicht nur diskursiv entgegen, sondern auch in der ästhetischen Inszenierung des Kremls. Auch in London sehen wir Uniformen aus dem 19. Jahrhundert, aber in Moskau sind diese mehr als nostalgischer Pomp. Was in London eine Attraktion für Touristen darstellt, wird in Moskau offenbar tödlich ernst genommen: Durch riesige goldene Türen schreitet dort der Präsident, vorbei an Wachsoldaten, die in ihren Gardeuniformen aussehen wie Statisten aus einem Historiendrama.⁸

Aber nicht nur der Imperialismus des 19. Jahrhunderts ist als böser Geist zurück. Die auch im »Westen« zu beobachtende mehr oder weniger offene Bewunderung für den »starken Mann« und den »kurzen Prozess«, der in den neuen autoritären oder mehr oder weniger offen faschistischen Bewegungen wiederkehrt, schließt auf ideologischer wie ästhetischer Ebene *zweitens* an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts an. Die endlosen Militärparaden in Peking lassen sich nicht betrachten, ohne sich an den klassischen Totalitarismus, an Hitler oder Stalin, erinnert zu fühlen. Diese In-

szenierungen haben ein Äquivalent auf der ideologischen Ebene in ihren Ideen der Reinheit. Die Anhänger der Hindutva-Ideologie in Indien, die »Identitäre Bewegung« in Europa oder die Rechtsextremen in Israel propagieren vergleichbare Diskurse, die ihre fatalen politischen Konsequenzen entfalten. Auch das Gespenst des völkischen Denkens ist zurück, so scheint es.

Ein *drittes* Gespenst, das Problem der extremen Vermögensungleichheit, glaubte man ebenfalls vertrieben. Auch hier schien die Geschichte die Antwort bereits gegeben zu haben: Der eingeehegte Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, konnte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als plausible Lösung erscheinen. Der »New Deal« in den USA, das »skandinavische Modell«, »les Trente Glorieuses« in Frankreich und die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« in Deutschland versöhnten auf je spezifische Weise die Dynamik des Marktmechanismus mit dem Stabilitätsanspruch einer repräsentativen Demokratie. Doch das Gebaren höchst einflussreicher Tech-Milliardäre und die Wiederkehr des Elends – 22 Prozent der britischen Haushalte waren 2023 von »food poverty« betroffen⁹ – zeigen, dass auch die Vermögensfrage wie ein Untoter zurück ist.

.....

In den westlichen Gesellschaften verstellt die Wiederkehr beantwortet und überwunden geglaubter Fragen den Blick darauf, dass eigentlich das Problem des 21. Jahrhunderts zu bearbeiten wäre: Der Klimawandel.

.....

Gespenster sind – folgt man dem französischen Philosophen Jacques Derrida – Dinge, die man schlecht beerdigt hat, die im weitesten Sinne unbearbeitet, unerledigt sind.¹⁰ Solche »Gespenster« suchen uns heim, sie erschrecken uns, sie binden unsere Aufmerksamkeit, gerade weil sie uns auf unheimliche Weise bekannt vorkommen. Durch ihren geisterhaften Charakter irritieren sie unsere Wahrnehmung: Kann es denn wirklich sein, dass wir sehen, was wir zu sehen glauben? Kann es denn wirklich sein, dass der Imperialismus, der Faschismus und die soziale Frage zurückgekehrt sind? Da sich die Geschichte bekanntlich nicht wiederholt, sondern nur reimt, entsteht eine Art kognitive Irritation, bei der man der eigenen Wahrnehmung kaum zu trauen mag.

Entsprechend verstellt die Wiederkehr beantwortet und überwunden geglaubter Fragen in den westlichen Gesellschaften den Blick darauf, dass eigentlich nicht die Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts zu bearbeiten wären, sondern das Problem des 21. Jahrhunderts: Der Klimawandel. Statt jedoch Antworten auf diese Frage zu finden, sind die Gesellschaften mit Gespenstern der Vergangenheit beschäftigt. Dass die titelgebende Fragestellung unzeitgemäß erscheint, ja in den Verdacht geraten kann, das Thema zu verfehlen, ist selbst schon Indikator eines Problems.

3. Was bedeutet »große Transformation«?

Es ist daher hilfreich, sich noch einmal klarzumachen, was das Ende der fossil getriebenen Wirtschaft und der Klimawandel bedeuten. Es geht hier tatsächlich um so etwas wie den Eintritt in ein anderes Menschheitszeitalter: Vom fossilen Zeitalter in eine postkarbone Zukunft. Bekanntlich wird für diesen Prozess auch der Begriff der »großen Transformation« gebraucht. Diese Formel greift den Titel eines einflussreichen Buches des Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi auf.¹¹ Wie sinnvoll diese Übertragung im Einzelnen ist, lässt sich durchaus diskutieren. Kritiker wenden ein, der Begriff schüre Angst und provoziere Abwehrreaktionen. Aus Sicht der Befürworter bezeichnet er treffend eine Epochenschwelle.¹² Diese Sichtweise hat weitreichende Folgen: Sie beschreibt den Übergang ins postfossile Zeitalter als einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel – vergleichbar mit tektonischen Plattenverschiebungen, an deren Bruchkanten soziale Spannungen und Konflikte aufflammen. Protestbewegungen wie die »Gelbwesten« in Frankreich oder die Demonstrationen deutscher Landwirte gegen die Abschaffung des Steuerprivilegs für den Agrardiesel wären dann sichtbare Anzeichen dieses grundstürzenden Wandels.

Ein solches, beinahe naturalisierendes Denkbild, hat aber noch eine andere Implikation: Der Übergang ins postfossile Zeitalter wird in jedem Fall erfolgen – unabhängig davon, ob wir ihn gutheißen oder nicht. »Transformation« bedeutet nicht einfach, dass »wir« transformieren, dass wir *Subjekt* eines Prozesses sind. Es bedeutet auch, dass unsere Gesellschaften transformiert *werden*, dass wir uns anpassen *müssen*, dass wir *Objekt* einer Transformation sind. Wir können nur wählen, ob wir diesen Übergang möglichst geplant und sanft oder ungeplant, widerwillig und dann mit großen Schäden durchlaufen.¹³ Aber – und diese These entfaltet der Soziologe Philipp Staab äußerst plausibel¹⁴ – wir befinden uns bereits jetzt in

einem Prozess der *Anpassung*, der auch so etwas wie eine Neudeutung des Begriffs nötig macht: Angepasst zu leben bezeichnet dann nicht mehr bloßen Konformismus, sondern eine Art Ankommen in der postkarbonen Welt. Sich anzupassen wird unter diesen Bedingungen zu einer avantgardistischen Haltung.

.....

Angepasst zu leben bezeichnet dann nicht mehr bloßen Konformismus, sondern eine Art Ankommen in der postkarbonen Welt. Sich anzupassen wird unter diesen Bedingungen zu einer avantgardistischen Haltung.

.....

Die Frage, die sich für die Politikwissenschaft – aber auch für uns alle als Demokraten, als Bürgerinnen und Bürger – aufdrängt, lautet: Was geschieht in diesem Transformationsprozess mit unserer Demokratie?

4. Drei mögliche Antworten

Die *erste* mögliche Antwort lautet, dass der Klimawandel das Ende Demokratie in ihrer bisher bekannten Form erzwingen wird. Das Argument besagt hier, dass in Demokratien immer nur kurzfristig, von Legislaturperiode zu Legislaturperiode gedacht und gehandelt wird. Weil immer alle mitreden wollten, seien demokratische Entscheidungsprozesse zu langsam und zu träge. Die Menschen in den westlichen Demokratien seien zu verwöhnt, um unangenehme Entscheidungen mitzutragen. Eine Demokratie, in der politische Eliten in einem Wettbewerb um die beste Verdrängungsleistung stehen, werde sich auf Kippunkte zubewegen, an denen irgendwann auf die Zustimmung der Bevölkerung verzichtet werden muss. Wahrscheinlich ist aus dieser Perspektive eine Öko-Diktatur, in der ab der Mitte des Jahrhunderts die Verteilung von Trinkwasser, die zwischenstaatlichen Grenzen und die letzten Emissionsrechte mit Gewalt gesichert werden müssen. Das »Zeitalter der Demokratie« würde sich dann als eine kurze Periode zwischen der Mitte des 18. und dem frühen 21. Jahrhundert erweisen, ermöglicht durch eine historisch einmalige Konstellation, in der sich demokratische Herrschaft auf Grundlage der Ausbeutung fossiler Ressourcen und einer Kostenverlagerung in die Zukunft legitimieren konnte.

Das Szenario für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts bestünde dann entweder in einer Art neuem Totalitarismus oder einem neuen Mittelalter, in dem bewaffnete Banden lokale Zonen von »Ordnung« in einem großen Chaos stiften. Beide Szenarien – autoritäres Management der Probleme unter Verletzung individueller Schutzrechte und demokratischer Partizipationsrechte *einerseits*, Anomie und Kontrolle von Landstrichen durch *warlords* und Gewaltunternehmer *andererseits* – sind natürlich Horrorszenarien.

Beide Varianten sind aber nicht völlig aus der Luft gegriffen. Eine mit digitaler Überwachungstechnik und algorithmischen Mitteln ausgerüstete Diktatur neuen Typs sehen wir in der Volksrepublik China. Das dortige *social scoring*-System lässt sich natürlich auch nutzen, um Menschen in die Bahnen klimafreundlichen oder resilienzsteigernden Verhaltens zu lenken. Dass die Anpassung an den Klimawandel in China unter Bedingungen einer noch nie dagewesenen digitalen Überwachung ablaufen wird, ist in Ansätzen längst zu beobachten. Was wie eine wohlmeinende, digitale Lenkung der Schäfchen erscheint – Foucault hätte hier wohl von »pastoraler Gouvernementalität« gesprochen –, basiert in Wirklichkeit auf der Abschreckungswirkung eines Lagersystems, eines Systems der Entwürdigung und Folter.

Auch das zweite Szenario einer Anomie, eines Ordnungsschwundes, ist nicht völlig unrealistisch. In Ländern, die wir heute bereits als *failing states* bezeichnen – also Staaten, die noch nicht völlig gescheitert (*failed*) sind, aber keine funktionierende staatliche Struktur im vollen Sinne des Wortes mehr bieten –, treibt der Klimawandel diese Entwicklung schon jetzt voran. Hohe Temperaturen erhitzen nicht nur die Gemüter und – so legen Studien nahe – führen zu mehr Straftaten,¹⁵ sie verschärfen auch konkrete Verteilungskonflikte um knapper werdende Ressourcen.¹⁶ In einem Arbeitspapier für die *Brookings Institution* – nicht gerade als Vereinigung hysterischer Alarmisten bekannt – haben Ahmadou Aly Mbaye und Landry Signe dies überzeugend für die afrikanische Sahel-Zone gezeigt.¹⁷

Es dürfte offensichtlich sein, warum diese erste Antwort nicht zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden darf. Aus der normativen Ablehnung dieser Szenarien jedoch auf ihre Unwahrscheinlichkeit zu schließen, wäre ein Fehlschluss. Beide Gefahren sind nicht von der Hand zu weisen.

Eine *zweite* mögliche Antwort argumentiert diametral zu ersten. Auf die Frage, wie der Klimawandel die Demokratie verändern werde, entgegnet sie: